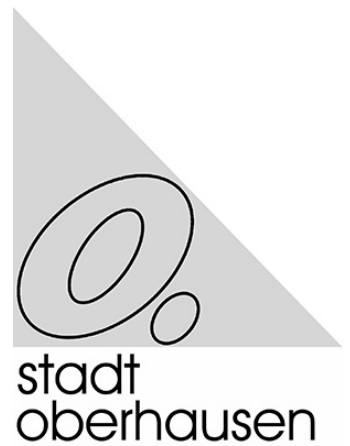




**Ansprache von
Oberbürgermeister Daniel Schranz
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2024
in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen
am 13. November 2023**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
 liebe Kolleginnen und Kollegen,
 verehrte Gäste!

Die Zeit der Wünsche ist vorbei.

So könnte – mit einiger Berechtigung, zu der ich später noch kommen werde – die Überschrift über dieser Rede zur Einbringung des städtischen Haushaltes 2024 lauten – wenn es denn jemals eine Zeit der Wünsche gegeben hätte! Wie die langjährigen Ratsmitglieder unter Ihnen wissen, hat es eine solche Zeit in Oberhausen aber zumindest in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gegeben. Insofern geht die Zeit der Wünsche auch nicht vorbei – wir hatten sie erst gar nicht.

Uns, meine Damen und Herren, würde es anstelle der Erfüllung unserer Wünsche ja schon reichen, wenn wir nicht immer wieder mit fortwährenden und neu hinzukommenden Belastungen konfrontiert würden. Wenn wir einfach mal unsere kommunalpolitische Arbeit machen könnten: die wirtschaftliche Basis und den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt stärken, in die Zukunft unserer Stadt investieren und die Modernisierung unserer Stadt vorantreiben könnten – ohne gleichzeitig den nicht endenden wollenden Krisenphänomenen begegnen zu müssen.

Die Realität ist aber leider eine andere und so muss ich einmal mehr meine Rede zur Haushaltseinbringung mit den Krisen beginnen, für die wir nichts können, deren Folgen uns aber sehr belasten und um deren Bewältigung wir uns kümmern müssen.

Zu dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist mit dem furchtbaren **Terrorangriff der Hamas** und seinen Folgen ein weiterer kriegereischer Konflikt hinzugekommen, der Auswirkungen auf unsere Stadtgesellschaft hat. Als Zeichen unserer Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer wie mit unseren Freundinnen und Freunden in Israel haben wir, hat die Stadt Oberhausen die israelische Flagge auf dem Rathaus auf Halbmast gehisst. Es ist ein kleines, aber wichtiges Zeichen im Angesicht des Ausmaßes dieses Horrors.

Die Sicherheit Israels gehört zur Identität Deutschlands, gehört zu unserem Grundverständnis. Was bedeutet das für uns in Oberhausen?

Es bedeutet, dass wir uns rigoros jedwedem Antisemitismus entgegenstellen, egal, ob er rechtsextremistisch, linksextremistisch oder islamistisch motiviert ist.

Es bedeutet, dass wir nichtjüdischen Oberhausenerinnen und Oberhausener alles in unserer Macht Stehende tun, damit sich jüdische Bürgerinnen und Bürger in ihrem Zuhause, aber auch jüdische Gäste sich in unserer Stadt und in unserem Land sicher fühlen können.

Und dieses Engagement wird – leider – immer drängender. Denn auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der antisemitischen Übergriffe in den Wochen nach dem Terrorangriff sprunghaft angestiegen, wie die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, berichtet: Im Monat nach dem 7. Oktober wurden in NRW 380 antisemitische Übergriffe und Vorfälle gezählt – im kompletten ersten Halbjahr 2023 waren es 100.

Dies ist eine Entwicklung, die wir als Staat und Gesellschaft nicht einfach hinnehmen dürfen, meine Damen und Herren.

Bei jeder dieser antisemitischen Straftaten muss der Staat akribisch ermitteln, und er muss sie strikt ahnden. Genauso wichtig ist es meiner Meinung nach aber auch, dass die Zivilgesellschaft klar Stellung bezieht, dass wir alle, wann immer uns Antisemitismus begegnet, uns ihm entschieden entgegenstellen:

- So haben wir es am vergangenen Donnerstag am Ort der ehemaligen Synagoge in der Friedenstraße getan, als wir der Oberhausener Opfer der Reichspogromnacht vor 85 Jahren gedacht haben.
- So tun es die Organisationen und Institutionen im Arbeitskreis für Antisemitismuskritische Bildungsarbeit, der im Frühjahr zu einer ersten Fachtagung in Oberhausen geladen hatte.
- So tun es auch die vielen „Schulen ohne Rassismus“ in Oberhausen, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren – wie auch das Sophie-Scholl-Gymnasium, das nach dem Terrorangriff seine Solidarität mit Israel erklärt hatte, und diese *auch nach* antiisraelischen und antisemitischen Schmierereien am Sterkrader Schulgebäude noch einmal unterstrichen hat.
- So leben es auch die Oberhausener Jugendlichen, die in den vergangenen Jahrzehnten beim Multi-Austausch liebe Freundinnen und Freunde in Jerusalem gefunden haben und sie in ihre Familien in unserer Stadt einladen.
- Und so wird es heute auch der Rat der Stadt Oberhausen tun, wenn er eine Resolution beschließt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Krieg im Nahen Osten hat den **Krieg Russlands gegen die Ukraine** von den Titelseiten der Zeitungen verdrängt und nach rund einem Jahr und neun Monaten Dauer ist er auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr so prominent im Bewusstsein.

Für uns in Oberhausen ist seine Bedeutung nicht zurückgegangen, und das vor allem aus drei Gründen:

- Erstens, weil wir weiter nach Kräften unsere Freundinnen und Freunde in Saporishja unterstützen: In der kommenden Woche werden wir vier weitere von unserer Feuerwehr außer Dienst gestellte Krankenwagen in unsere Partnerstadt schicken – zusätzlich zu den zwei Krankenwagen, einem Löschfahrzeug und einem Kleinbagger, die den Einsatzkräften vor Ort bereits helfen.
Seit dem Überfall Russlands haben Feuerwehr und Stadtverwaltung, vor allem aber der Verein „Oberhausen hilft“ und die unzähligen Spenderinnen und Spender 18 Hilfstransporte mit rund 160 Tonnen Hilfsgütern im Wert von rund 800.000 Euro auf den Weg nach Saporishja gebracht – allen, die das möglich gemacht haben und weiter machen, gilt unser ganz herzlicher Dank dafür!
- Zweitens ist unsere Stadt um eine große Community von Ukrainerinnen und Ukrainern größer geworden. Unsere Bevölkerung ist innerhalb weniger Monate um anderthalb Prozent gewachsen, und nachdem im vergangenen Jahr vor allem die Unterbringung und Grundversorgung der Geflüchteten im Vordergrund stand, geht es inzwischen stärker um eine grundlegendere Integration in unsere Stadt.

Das hat auch damit zu tun, dass die Hoffnung, der Krieg könne bald vorbei sein, leider vorerst verblasst ist. Ich danke daher allen Kolleginnen und Kollegen in Stadtverwaltung, Jobcenter und SBO, den Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, den Hilfsorganisationen und allen Ehrenamtlichen, die sich für die Integration der Kriegsgeflüchteten einsetzen: Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

- Der Krieg in der Ukraine spielt schließlich – und das ist der dritte Grund – aber auch deshalb weiter eine wichtige Rolle in unserem Leben, weil seine weltwirtschaftlichen Folgen uns alle treffen. Die Inflation, vor allem auch die hohen Energiepreise belasten Bürgerinnen und Bürger, aber eben auch energieintensive Unternehmen – von der kleinen, inhabergeführten Bäckerei bis zum großen Chemieproduzenten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist nicht zu übersehen: Die Zeit der Stapelkrisen, sie ist noch nicht vorbei. Und selbst,

- wenn wir diese Krisen in den vergangenen Jahren gut gemanagt haben,
- wenn wir es trotz Flüchtlingszustrom, Pandemie, Krieg in Europa und Energiekrise – auch mit Hilfe von Bund und Land – geschafft haben, sieben Jahre lang einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, nachdem das in Oberhausen zuvor 25 Jahre nicht gelungen war,

gehört zur heutigen Wahrheit leider auch: Diese vergleichsweise komfortablen finanziellen Zeiten, für die wir hart gearbeitet haben, sind zunächst vorbei.

Wie viele andere Kommunen auch müssen wir – nach dem Auslaufen der Möglichkeit, die großen Belastungen zu isolieren und trotz unserer Konsolidierungsbemühungen – wieder mit einem Defizit kalkulieren. Im Detail wird Ihnen der Kämmerer gleich seine Sicht der Dinge und den aktuellen Stand der Planungen schildern.

Oberhausen stehen, da gibt es nichts zu beschönigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, finanziell wieder schwierigere Zeiten bevor.

Das liegt zum einen an den Auswirkungen überwundener und weiter andauernder Krisen. Es ist aber auch eine Folge davon, dass Bund und Land die historische Chance der lange währenden Niedrigzinsphase bis heute nicht genutzt haben, um eine Altschuldenlösung umzusetzen.

Ich habe es schon oft gesagt, und ich sage es wieder: Wir brauchen so schnell wie möglich die Lösung der Altschuldenproblematik, damit die steigende Zinsbelastung den Haushaltsausgleich nicht immer noch schwieriger macht – damit das im Grundgesetz verbriefte Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht nur für wohlhabende, sondern auch für durch Strukturwandel belastete Kommunen gilt, meine Damen und Herren!

Das Land hat seine Altschuldenlösung, die es gerne mit dem Bund vereinbaren will, nun auf das Jahr 2025 verschoben. Bis dahin will man mit Änderungen des kommunalen Haushaltsrechts die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen absichern. Diese wurden jedoch gerade erst in der vergangenen Woche vorgestellt und konnten daher in dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf noch keine Berücksichtigung finden.

Von Veränderungen des Haushaltes bis zur Verabschiedung ist daher auszugehen.

Der Kämmerer und ich drängen darauf, dass das Land uns nicht allein lässt, und wir arbeiten daran, die Lücke bis zur Verabschiedung des Haushaltes weiter zuzufahren; das ist ja der Grund, warum wir den Haushalt in diesem Jahr so spät einbringen. Was wir aber eigentlich brauchen – und das ist leider keine neue Erkenntnis – ist eine grundlegende, strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzsituation.

Dass wir mit immer neuen Belastungen konfrontiert werden ohne eine ausreichende finanzielle Entlastung zu erhalten – das ist weder sachgerecht noch fair, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ebenso wichtig wie eine Verbesserung unserer Finanzsituation durch den Bund und das Land wird für uns in der bevorstehenden Phase aber auch dieses sein: Wir dürfen auf gar keinen Fall in alte Reflexe zurückfallen. Nicht nur ich habe sie in Erinnerung – diese Zustände von Lethargie und Lähmung, die es in Oberhausen früher gab. Die dürfen und die wollen wir nicht wieder zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und das müssen wir auch nicht, denn wir schaffen ja trotz finanzieller Einschränkungen noch vieles!

Tatsächlich wird es ohne unsere neuerlichen Anstrengungen zum Konsolidieren nicht gehen – für eine Stadt wie Oberhausen, die schon so viele Sparrunden hinter sich hat, ist das eben keine leichte Übung!

Mir ist dabei wichtig, dass wir uns dabei auf ambitionierte und wirksame Maßnahmen konzentrieren – und nicht auf wirkungslose Symbolpolitik. Und gleichzeitig müssen wir weiter in unsere Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder, investieren.

Ich bin sicher, dass wir es auch mit dieser Herausforderung aufnehmen können, dass wir auch unter weiter erschwerten Bedingungen die Zukunft Oberhausens gestalten können. Nur Städte, an deren Zukunft niemand glaubt, haben auch keine, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Aufgabe ist es, an die Zukunft unserer Stadt zu glauben. Das hat sie nicht nur verdient, dafür haben uns die Bürgerinnen und Bürger gewählt.

Ich glaube an eine gute Zukunft für Oberhausen und will einige der guten Gründe für den Glauben an die Zukunft unserer Stadt nennen.

Mit harter Arbeit kennen wir uns aus in Oberhausen – und auch damit, was mit einer Stadt passiert, wenn zehntausende Arbeitsplätze wegfallen, wenn so vielen Menschen nicht nur ihre Existenzgrundlage entzogen wird, sondern auch ein Teil ihrer Identität, ihrer Selbstbestätigung. Wir arbeiten hart daran, immer mehr Menschen zu ermöglichen, genau das zurückzugewinnen – und wir tun das mit Erfolg!

In den vergangenen sechs Jahren ist es gelungen, mehr als 6.200 **neue Jobs** in Oberhausen anzusiedeln, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das durch die Krisen hindurch!

Im vergangenen Jahr haben wir zum ersten Mal seit den 1980er Jahren in Oberhausen wieder die Schallmauer von mehr als 70.000 **sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen** durchbrochen. Allein vom Juni 2021 bis zum Juni 2022 sind über 3.000 Arbeitsplätze dazugekommen, wie uns die Statistik der Arbeitsagentur ausweist. Das war der größte Jobzuwachs im Ruhrgebiet: ein Plus von 4,5 Prozent.

Auch die **Zahl der Arbeitslosen** entwickelt sich in die richtige Richtung: Im Oktober 2023 waren gut 500 Oberhausenerinnen und Oberhausener weniger ohne Job als ein Jahr zuvor, die Quote lag bei 10,2 Prozent. Selbstverständlich beeinflussen die Krisen auch diese Zahlen: Das ist, wenn man sie etwa mit den Einschränkungen während der Corona-Pandemie oder der Aufnahme von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine abgleicht, unübersehbar. Ohne diese Effekte wäre unsere Arbeitslosenquote schon lange einstellig. Wir werden uns also weiter dafür einsetzen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen – für ihre eigene Zukunft und für die Zukunft unserer Stadt.

Zum Beispiel auf dem Waldteichgelände: Bei den Ansiedlungen der vergangenen Jahre rund um Edeka und Segro dürfen wir zurecht von „wertschöpfender Logistik“ sprechen, denn hier kommen auf einen entwickelten Hektar Fläche überdurchschnittliche 60 Arbeitsplätze, zusammen sind das bis zu 3.000.

Dazu wird auch das Lager des Online-Supermarktes Picnic beitragen:

Das niederländische Unternehmen baut in Oberhausen eines der modernsten E-Food-Lager der Welt und investiert dazu mehr als 150 Millionen Euro in unserer Stadt. Und auch, wenn die 1.500 Roboter viel Arbeit übernehmen werden, sucht Picnic für das Lager 1.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bisher arbeitet nur ein kleines Team dort, das die Technik testet und feinjustiert; den regulären Betrieb will Picnic in der zweiten Jahreshälfte 2024 aufnehmen.

Bereits fertiggestellt ist nunmehr die Entwicklung der ehemaligen Zeche Osterfeld. Seit 2018 sind auf der letzten verbliebenen Teilfläche an der Vestischen Straße rund 30 Millionen Euro in Wohnungen und Büros investiert worden und etwa 150 Arbeitsplätze entstanden. Mit dem Einzug der Grünen Verbände in ihr eindrucksvolles Haus hat die Entwicklung des ehemaligen Geländes unserer OWT am Olga-Park einen sehr präsentablen Abschluss gefunden: das war und ist praktizierte, erfolgreiche Wirtschaftsförderung!

Sowohl die Zeche Osterfeld wie das Waldteichgelände zeigen, meine Damen und Herren, wie wichtig es für unsere Stadt ist, Flächen zu entwickeln. Die Arbeit auf diesem Feld wollen wir fortsetzen, als nächstes auf dem früheren Gelände von Werk II der GHH in Sterkrade; dort können rund fünf Hektar erschlossen werden und bis zu 250 Arbeitsplätze entstehen. Hier unterstützen wir als Kommune nicht nur, hier wird ja die Stadtparkasse zusammen mit Plaßmeier als Entwicklerin aktiv: ein wichtiges und schönes Projekt zugleich!

Die Früchte dieser harten Arbeit und unserer Politik zeigen sich dabei übrigens nicht nur in den Rekordzahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sondern auch bei einem anderen Wert: Nach derzeitiger Prognose rechnen wir in diesem Jahr mit mehr als 150 Millionen Euro Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** – auch das ist ein neuer Rekord, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Den können wir sehr gut gebrauchen und er zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

neben dem Ermöglichen von Arbeitsplätzen sind unsere **Investitionen** ohne Zweifel ein weiterer, wichtiger Faktor für die Zukunft unserer Stadt. Nach der aktuellen Prognose werden wir im laufenden Jahr etwas mehr als 100 Millionen Euro in unserer Stadt verbauen, für das kommende Jahr planen wir mehr als 140 Millionen Euro. Wir investieren in Schulen und Kindertageseinrichtungen, in Straßen und Sportanlagen, in Stadtentwicklung, Sicherheit und Digitalisierung.

Wir investieren in Oberhausens Infrastruktur: Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt. Davon profitiert aber ganz häufig auch die lokale Wirtschaft – direkt und indirekt. Das wiederum sichert Arbeitsplätze auf der einen Seite, hilft aber auch bei den Gewerbesteuerereinnahmen auf der anderen Seite.

Der mit großem Abstand größte Teil unserer Investitionen fließt in Oberhausens **Bildungslandschaft**. Das ist, ich betone es immer wieder, gut und richtig so: Bildung ist das Fundament für ein produktives, selbstbestimmtes Leben unserer Kinder, eine Investition in ihre ganz persönliche Zukunft, aber eben auch eine in die Zukunft unserer Stadt. Es ist eine Investition, die sich über viele Jahrzehnte auszahlen wird.

In den Jahren 2020, 2021 und 2022 haben wir insgesamt 107 Millionen Euro in Schulen und Kindertageseinrichtungen investiert. Ende 2022 lebten fast 36.000 Kinder und Jugendliche in Oberhausen: Wir haben also in diesen drei Jahren fast 3.000 Euro pro minderjährigem Kopf in Oberhausen investiert. Im laufenden Jahr kommen laut der aktuellen Prognose 1.000 weitere Euro pro Kopf dazu, denn wir wollen 2023 zusätzlich 36 Millionen Euro investieren. Und für 2024 planen wir in diesem Bereich rund 46 Millionen Euro.

- Da geht es etwa um den Erweiterungsneubau am Bertha-von-Suttner-Gymnasium, über den Sie gleich in unserer heutigen Sitzung entscheiden werden, und es geht um die Detailplanungen für die neue Gesamtschule an der Knappenstraße.
- Da geht es aber genauso um den Anbau an der Adolf-Feld-Schule und eine neue Mensa für die Postwegschule wie um die Planungen der Erweiterungen für die Gesamtschule Weierheide und für das Sophie-Scholl-Gymnasium.

Wir arbeiten nach Kräften daran, den jahrzehntelangen Investitionsstau an unseren Schulen aufzulösen. Und dabei ist es völlig nachvollziehbar, dass es manchen Leitungen und Eltern an der einen oder anderen Schule nicht schnell genug geht.

Ich versichere Ihnen: So gerne auch wir noch mehr noch schneller schaffen würden – wir reizen unsere Kapazitäten wirklich aus.

Auch beim **Ausbau der Kinderbetreuung** kommen wir voran, und das ist ebenso gut wie notwendig. Über 1.300 Plätze mehr konnten in den vergangenen fünf Jahren in unserer Stadt geschaffen werden, durch die Stadt einerseits, durch viele freie Träger andererseits.

Vier Erweiterungen und Neubauten sind im laufenden Jahr dazugekommen, 2024 sollen drei weitere Kindertageseinrichtungen an der Schladstraße, der Hansastrasse und der Kirchhellener Straße eröffnet werden. Wir wollen und wir müssen weiter ausbauen: Der Bedarf an Plätzen für Kinder vor allem unter drei Jahren steigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

neben unserer Bildungslandschaft investieren wir große Summen auch in die **Stärkung unserer Stadtteilzentren**. Das zurzeit größte städtische Bauprojekt wächst an der Westfälischen Straße: Für rund 20 Millionen Euro entstehen an der Gesamtschule Osterfeld ein neues Jugendzentrum, eine neue Stadtteilbibliothek und ein neuer Veranstaltungssaal für Schule und Stadtteil. Im vergangenen Dezember haben wir den Grundstein gelegt, im kommenden Frühjahr steht das Richtfest an.

Die städtebauliche Bedeutung sehen dabei auch die Fachleute auf anderen Ebenen:

Das Land fördert den Bau großzügig mit mehr als 13 Millionen Euro, dafür sind wir sehr dankbar. Für 2024 beantragen wir weitere Städtebaufördermittel in Höhe von fünf Millionen Euro für **Osterfeld**, unter anderem für die Umgestaltung des Schulhofs der GSO und des Osterfelder Zentrums.

Erfolgreich fertiggestellt ist seit dem Sommer auch die Sanierung des Revierparks Vonderort: 5,5 Millionen hat der Regionalverband Ruhr in den zum Teil denkmalgeschützten, vor fast 50 Jahren eröffneten Park investiert.

Der wunderbare Bewegungshügel, den wir 2022 eröffnet haben, macht Osterfelderinnen und Osterfeldern jeden Alters Spaß, andere spazieren gern auf dem „Buchen-Loop“ durch den Südteil des Parks, wieder andere kraxeln an der neuen Boulderanlage. Als nächstes steht dann noch die Sanierung des Wasserspielplatzes an, nachdem die Förderung auch dafür bewilligt worden ist.

Von Osterfeld nach **Sterkrade**, meine Damen und Herren: Hier durften wir vor kurzem den umgebauten kleinen Markt mit einem Fest der Öffentlichkeit übergeben. Mehr Bäume, mehr Wasser, mehr Möglichkeiten, Wasser zu speichern: Mit dieser Investition von rund 2,3 Millionen Euro haben wir die Stadtentwicklung in der Sterkrader Innenstadt einen wichtigen Schritt vorangebracht. Mit der Umgestaltung haben wir einerseits die traditionellen Funktionen dieses Platzes gestärkt und haben ihn auf der anderen Seite besser für die Zukunft aufgestellt: Wir haben also seinen Wert für die Menschen in Sterkrade gesteigert.

Gleichzeitig war das erst der Einstieg in mehr Klimaresilienz in der Sterkrader Innenstadt. Der blau-grüne Umbau der Bahnhofstraße und ihrer Umgebung ist in Planung, wir haben mit der Emscher Genossenschaft, der Emscher Wassertechnik und der Zukunftsinitiative Klima.Werk starke Partner für dieses Großprojekt. Die Sterkrader City soll ein Vorzeigeprojekt der sogenannten „klimaresilienten Region mit internationaler Strahlkraft“ werden; wir werden, mit Hilfe der Fördermittelgeber, einen zweistelligen Millionenbetrag investieren.

Für das kommende Jahr beantragen wir 2,25 Millionen Euro Städtebauförderung für Sterkrade. Und wir wollen, auch mit Förderung, Sterkrader Immobilienbesitzerinnen und -besitzer anregen, ebenfalls in mehr Klimaresilienz zu investieren – denn unsere Zukunft ist ein Gemeinschaftsprojekt.

Deshalb bin ich auch dankbar für die Investition der Stadtsparkasse in der Sterkrader City: Wo früher „Kaiser & Ganz“ stand und dann jahrelang eine ungeliebte Baulücke klaffte, ist gerade hochwertiger Wohnraum in der Fertigstellung. Solche Angebote sind für Oberhausen wichtig, damit unsere Innenstädte durch eine gute Mischung der Bewohnerinnen und Bewohner stark bleiben und stärker werden.

Bleibt, meine Damen und Herren, mit **Alt-Oberhausen** das größte Stadtteilzentrum, zu dem auf der heutigen Tagesordnung des Rates gleich drei wichtige Beschlüsse stehen: die Aktualisierung des Integrierten Handlungskonzeptes für den Brückenschlag, das Nutzungs- und Gestaltungskonzept zum Umbau der Marktstraße und das Konzept zur Revitalisierung des Altmarktes.

Auf dieser Grundlage beantragen wir für 2024 Städtebaufördermittel in Höhe von 7,4 Millionen Euro.

Denn auch, wenn schon einiges passiert ist an der Marktstraße, sind wir uns ja einig, dass wir weiter an einer Stärkung der Alt-Oberhausener City arbeiten wollen und müssen. Im nächsten Schritt soll es daher um ein Hervorheben der Qualitäten und eine Revitalisierung des Altmarktes gehen, aber auch um eine Aufwertung zunächst des mittleren Teils der Marktstraße.

Das sind Bereiche, in denen in den vergangenen Jahren tatsächlich einiges passiert ist. Der alte Kaufhof ist zu einem neuen Hotel umgebaut worden, am Altmarkt ist in preisgekrönter Architektur und mit aufsehenerregendem Konzept das Jobcenter mit dem Dachgarten entstanden. Ein weiteres Beispiel für eine Belebung der City durch öffentliche Einrichtungen ist auch das Talentkolleg Ruhr am Altmarkt, das wir Ende 2022 eröffnet haben. Es ist eine gute Ergänzung für die Alt-Oberhausener City, wie ich finde, denn es ist ein Schritt in Richtung mehr Bildungsgerechtigkeit; aber diese Investition in die Bildung von jungen Menschen hilft ja nicht nur den jungen Menschen auf ihrem Weg zu passendem Studium oder Ausbildung; sie stärkt auch uns als Stadtgesellschaft in unserer Zukunftsfähigkeit. Dass ein Leerstand in der City gefüllt ist, ist ein weiterer schöner Effekt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir investieren in die Zukunft unserer Stadt, und wir tun das an sehr vielen Stellen. Lassen Sie mich noch ein paar Schlaglichter auf weitere Bereiche werfen.

Wir investieren in Sport, Spiel und Spaß und damit in die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. In allen Stadtteilen investieren wir in **Freiluft-Sportanlagen**, die Bürgerinnen und Bürger kostenlos nutzen können, unterstützen aber an vielen Orten auch die so wichtige Arbeit der Vereine.

Allein in diesem Jahr flossen rund fünf Millionen Euro in

- die Kletter- und Balancierinsel auf der Anlage des Stadtsportbundes an der Lindnerstraße,
- die Urbane Sport- und Freizeitanlage Schmachtdorf,
- der Emscher Sport- und Bewegungspark Holten,
- die beiden Outdoor-Fitness-Anlagen in Sterkrade und in Lirich,
- die Kindgerechte Sport- und Bewegungsinsel in Osterfeld am Volksgartenweg.
- Und in zwei Tagen werden wir, passend zur dunklen Jahreszeit, rund fünf Kilometer beleuchtete Laufstrecke am Rhein-Herne-Kanal eröffnen.

Wir investieren in **Sicherheit**. Nachdem wir im vergangenen Jahr die Rettungswache Nord in Betrieb genommen haben, feiern wir in wenigen Tagen das Richtfest der Rettungswache Süd in Alstaden: Ein weiterer Schritt in der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, 2018 beschlossen haben. Wir investieren mehr als drei Millionen Euro, damit die Retterinnen und Retter schneller bei Menschen in Not sein können.

Wir investieren in den **Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**: Die Pläne, wie wir die Sterkrader City gegen die Folgen des Klimawandels wappnen wollen, habe ich schon erwähnt.

Dazu kommt: Das Disko-Projekt, also die Sanierung unserer sieben Lehrschwimmbecken: Sechs von ihnen werden wieder genutzt, von Schulen und Vereinen. Die Investitionen von rund 11 Millionen Euro ermöglichen uns Schwimmunterricht für zahllose Schülerinnen und Schüler auch in der Zukunft – und das bei einer Einsparung von erstaunlichen acht Prozent des gesamten städtischen Energiebedarfs. Wir sparen nach der Berechnung von Fachleuten jährlich mindestens 1.200 Tonnen CO₂-Ausstoß ein und mindestens 300.000 Euro Kosten.

Dazu kommen aber auch die 22 Gründächer und Photovoltaik-Anlagen, die wir in den vergangenen zwei Jahren auf städtischen Gebäuden installiert haben.

Dazu kommen außerdem mehr als 13.700 Bäume, die wir in den vergangenen zwei Jahren in Oberhausen gepflanzt haben.

Und last, but not least, meine Damen und Herren, investieren wir selbstverständlich auch in die **Digitalisierung**.

Die Ausstattung unserer Schulen mit mehr als 300 digitalen Tafeln und mehreren hundert Beamern bedeutet, dass jetzt alle Klassenräume über digitale Anzeigen verfügen.

Unsere Schulzeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört in dieser Hinsicht ins Museum – was man daran sehen kann, dass Ende des Jahres der letzte Overhead-Projektor aus einer Oberhausener Schule an das historische Klassenzimmer des Stadtarchivs übergeben werden kann.

Mehr als 7.000 Schülerinnen und Schüler nutzen seit diesem Jahr in ihren Schulen die neu ausgebauten WLAN-Netze; bis zum Jahresende kommen mindestens 2.000 weitere Jungen und Mädchen dazu, und im kommenden Jahr wird der städtische Bereich IT den Vollausbau der WLAN-Netze an Oberhausener Schulen abschließen.

Wir haben eine Strategie für die Smart City Oberhausen erarbeitet und über Beteiligungsformate mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert – Sie haben sie verabschiedet. Neben vielen anderen Projekten wurden in diesem Rahmen Quartiersbüros digital ertüchtigt und Angebote für Seniorinnen und Senioren geschaffen.

Digitalisierung ganz praktisch: Paare können mit dem neuen Traukalender leichter online Hochzeitstermine buchen. Und seit der Gesetzesänderung zum 1. September können Kraftfahrzeuge nun online angemeldet werden.

Die Stadt Oberhausen tragen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, hoffentlich zudem alle in Form der Oberhausen-App in Ihren Taschen mit sich herum: Zwanzigtausend Nutzerinnen und Nutzer tun genau das inzwischen. Und sie stellen, wenn Sie mir diesen kleinen Hinweis erlauben, nicht selten fest, dass wilde Müllkippen schneller beseitigt werden, wenn sie über den sehr beliebten Mängelmelder in der App den Fachleuten bei der Stadt gemeldet werden statt über die Linke Liste an die Lokalredaktion der WAZ. Die holen den Müll ja beide nicht ab...

Ich komme zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, und hoffe, dass meine Ausführungen Ihnen in Erinnerung gerufen haben,

- dass wir Krisen gut managen,
- dass wir gemeinsam einiges, ja vieles bereits erreichen konnten,
- und dass wir gemeinsam noch mehr erreichen können.

Mehr konjunkturellen und politischen Rückenwind dafür hätten wir uns aus meiner Sicht redlich verdient. Doch das Gegenteil ist leider der Fall, der Wind kommt von vorne und er wird stärker. Um so wichtiger ist, dass wir den Kopf jetzt nicht in den Sand stecken und – um mit einem Fußballphilosophen zu sprechen – auch nicht den Sand in den Kopf.

So herausfordernd die finanzielle Lage Oberhausens auch werden und sein mag, so bedrückend die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sind, so unterschiedlich unsere Ansichten zur Weltpolitik und unsere Lösungsansätze zur Kommunalpolitik auch sein mögen:

Lassen Sie uns die erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Stadt und die Investition in unsere gemeinsame Zukunft fortsetzen. Die Oberhausenerinnen und Oberhausener haben es verdient!

Glückauf!

Hoffnung Altschuldenlösung

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2024 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
13. November 2023



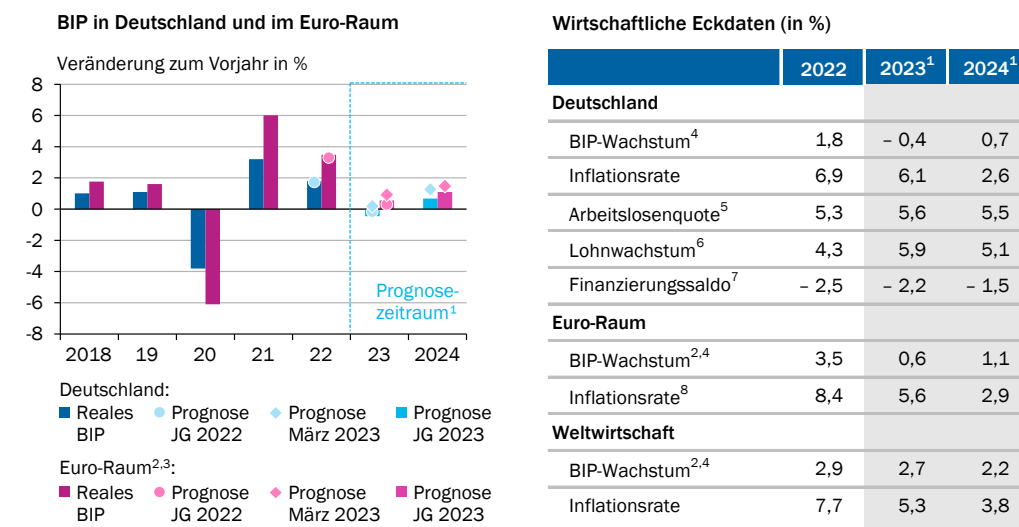
Ausgangslage

Es kann nicht verwundern, wenn sich auch dieses Jahr die Beschreibung der allgemeinen Lage, in die Krisenszenarien der letzten Jahre einfügt. Nach Corona kam der schreckliche, völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und jetzt aktuell kommt zusätzlich noch der Krieg in Israel und Gaza dazu, – ausgelöst von einem barbarischen, unbeschreiblich verabscheuungswürdigen Terrorakt der Hamas – dessen Auswirkungen noch niemand einschätzen kann. All das hat sich nicht nur auf die gesellschaftliche Stimmungslage ausgewirkt, sondern auch auf die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für den Haushalt der Stadt.

Massiv steigende Energiepreise, steigende Löhne und damit zusammenhängend eine hohe Inflation, steigende Zinsbelastungen und daraus folgend natürlich Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich habe im letzten Jahr bei der Einbringung des Haushaltes prognostiziert, dass die wirtschaftliche Krise aus der Folge des Ukrainekrieges viel umfassender und schwieriger zu bewältigen sein wird, wie der Einbruch bei der Corona-Pandemie. Dies hat sich leider bewahrheitet, wie man an der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung absehen kann. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in seinem kürzlich veröffentlichten Jahresgutachten den sehr verzögerten und langsamen Erholungsprozess veranschaulicht. Danach werden wir in diesem Jahr kein wirtschaftliches Wachstum haben und im nächsten nur ein Wachstum von 0,7%. Bemerkenswert ist es, dass trotz des geringen wirtschaftlichen Wachstums aktuell die Steuererträge insbesondere bei der Gewerbesteuer steigen. Man kann dazu sagen, dass wir zwar mehr Steuererträge haben, diese sind aber aufgrund der Inflation weniger wert. Dazu aber später im Detail mehr.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung

Konjunktureller Ausblick für Deutschland und Europa



1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten. 3 – Prognose JG 2022 ohne Kroatien. 4 – Preisbereinigt. 5 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 6 – Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) je Arbeitnehmerstunde. 7 – In Relation zum nominalen BIP; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 8 – Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Quellen: Eurostat, nationale Statistikämter, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 23-050-03

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2023, „Jahresgutachten, S. 16

Im letzten Jahr endete die Haushaltsrede mit dem Text von John von Düffel „Stirbt zuletzt“, dessen Ende hier noch mal zitiert werden soll:

*Sich aus der Hoffnungslosigkeit herauszuarbeiten
Ist ein Kunststück*

*Es beginnt damit, die Ohnmacht
Der Hoffnungslosigkeit zu überwinden
Und ins Tun zu kommen, in eine Tätigkeit
Die einen Unterschied macht*

Durch Wirksamkeit wird Hoffnung Wirklichkeit

Hat es jetzt im laufenden Jahr dieses „Tun“ gegeben? Konnte die notwendige Wirksamkeit entfaltet werden, um Hoffnung für eine zukünftige Entwicklung gewinnen zu können?

Nun ja, die Bundesregierung hat das Land ohne allzu große Verwerfungen über den Winter gebracht. Der Kollaps der Energieversorgung, der Niedergang der nationalen Wirtschaft, extreme soziale Verwerfungen sind - obwohl von vielen befürchtet und prognostiziert - nicht eingetreten. Dies ist insbesondere durch die ständigen Streitereien in der Ampelkoalition völlig in Vergessenheit geraten. Was aber haben Bund und Land für die Kommunen getan, die in den vielen Krisen dieses Land funktionsfähig gehalten haben? Die Kommunen haben die Corona-Pandemie mit allen Herausforderungen in der Stadtgesellschaft gemeistert, die Fluchtbewegung aus der Ukraine aufgefangen, die Energiekrise vor Ort gemanagt, die Handlungsfähigkeit der Verwaltung gesichert usw. Die Krisenbewältigung braucht alle Ebenen des Staates, sie wird aber von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in den Kommunen erlebbar und nicht in Bund und Land. Hier beweist sich die Funktionsfähigkeit des Staates.

Die einzige nennenswerte Unterstützung gab es 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie. Die Übernahme der Gewerbesteuer ausfälle durch Bund und Land, die Übernahme eines höheren Anteils an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose und bedürftige Familien. Danach gab es nur noch einzelne punktuelle Unterstützungsprogramme oder gar kreditierte Hilfen des Landes, die langfristig zurückgezahlt werden sollen. Die interessanteste Erfindung der Landesregierung in dieser Zeit war die Corona-Isolierung, die es den Kommunen ermöglichte, finanzielle Schäden der Krise im Haushalt durch fiktive Erträge auszugleichen. Diese Möglichkeit wurde dann noch auf die finanziellen Auswirkungen des Ukraine-Krieges erweitert. Diese Maßnahme der Landesregierung hat dazu beigetragen die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Krise sicherzustellen, hat aber auch zu einer massiven Neuverschuldung der Kommunen geführt. Diese Maßnahme läuft Ende 2023 aus und wird auch nicht verlängert.

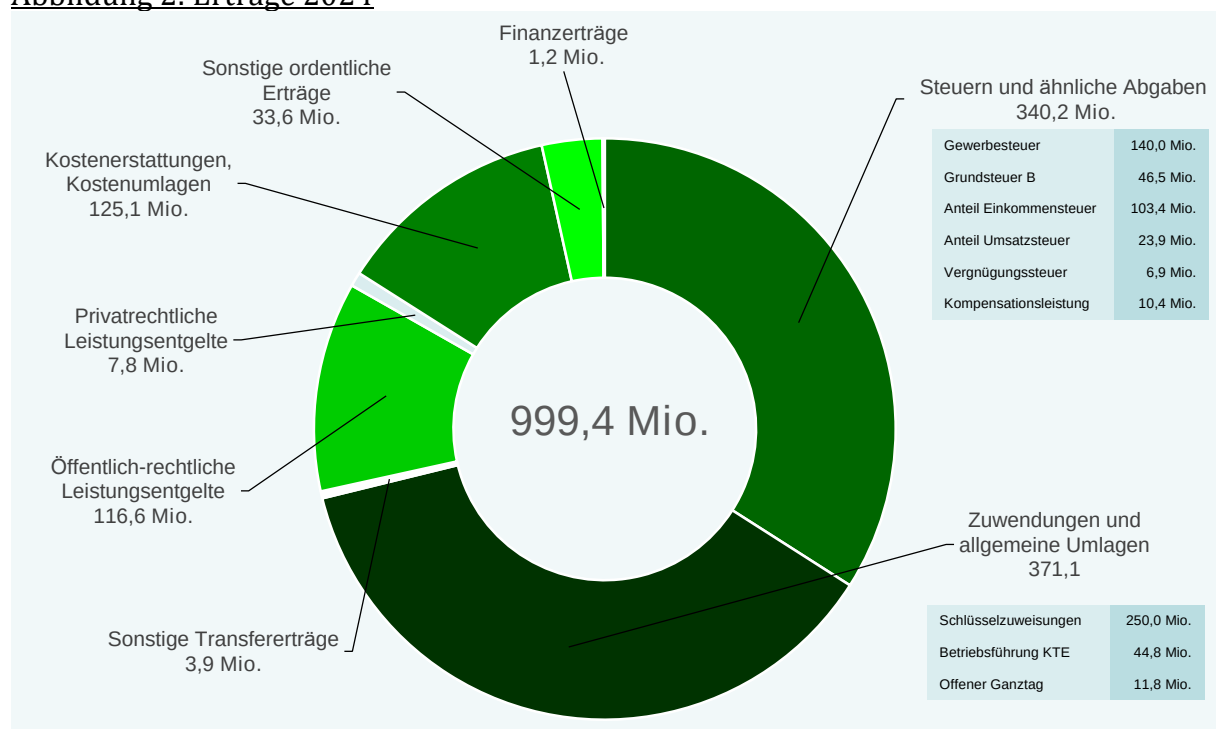
Die Kosten für die Ukraine Flüchtlinge und auch der anderen Geflüchteten sind in hohem Maße bei den Kommunen verblieben und auch der jetzige Kompromiss zwischen Bund und Ländern wird die Kommunen nicht entscheidend entlasten. Dazu müsste die Landesregierung einen erheblichen eigenen Teil zu den Mitteln des Bundes beitragen. Auch bei den Altschulden sind wir nicht sehr viel weitergekommen. Es hat keine Nachfolge des Stärkungspaktes gegeben, der die hochverschuldeten Kommunen seinerzeit aus der Finanzkrise geführt hat. Er ist stillschweigend Ende 2021 geendet und das Land

hat die Mittel auslaufen lassen, die in den Vorjahren den Kommunen über den Stärkungspakt zur Verfügung standen. Dann durften wir einen Vorschlag zur Altschuldenlösung erleben, den die Kommunen allein ohne Beteiligung des Landes finanzieren sollten, was von Anfang an nicht im Ansatz durchsetzbar war. Der Vorschlag wurde einkassiert und die Altschuldenlösung um ein Jahr auf 2025 mit der Begründung verschoben, dass man erst die Grundlagenarbeit machen müsse und alle Daten der kommunalen Liquiditätskredite erfassen muss. Leider gibt es keinerlei Anzeichen, dass dies passiert, da seitdem drei Monate vergangen sind, ohne dass sich jemand von der Landesebene bei den Kommunen gemeldet hätte. Wenn man sich den vorbildlichen Prozess in Rheinland-Pfalz anschaut, der im Konsens aller demokratischen Parteien umgesetzt worden ist, dann ist das zeitlich bis 2025 schon gar nicht mehr zu schaffen.

Haushaltsplanentwurf 2024

In dieser sich verschärfenden Finanzsituation stellen wir den Haushalt 2024 auf. Sowohl bei den Erträgen wie auch beim Aufwand gibt es enorme Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren. Der Entwurf des Haushaltsplans weist Rekorderträge von ca. 1 Mrd. € aus. Das sind 1,7% mehr als im bereits sensationellen Jahresabschluss 2022 festgestellt worden sind.

Abbildung 2: Erträge 2024



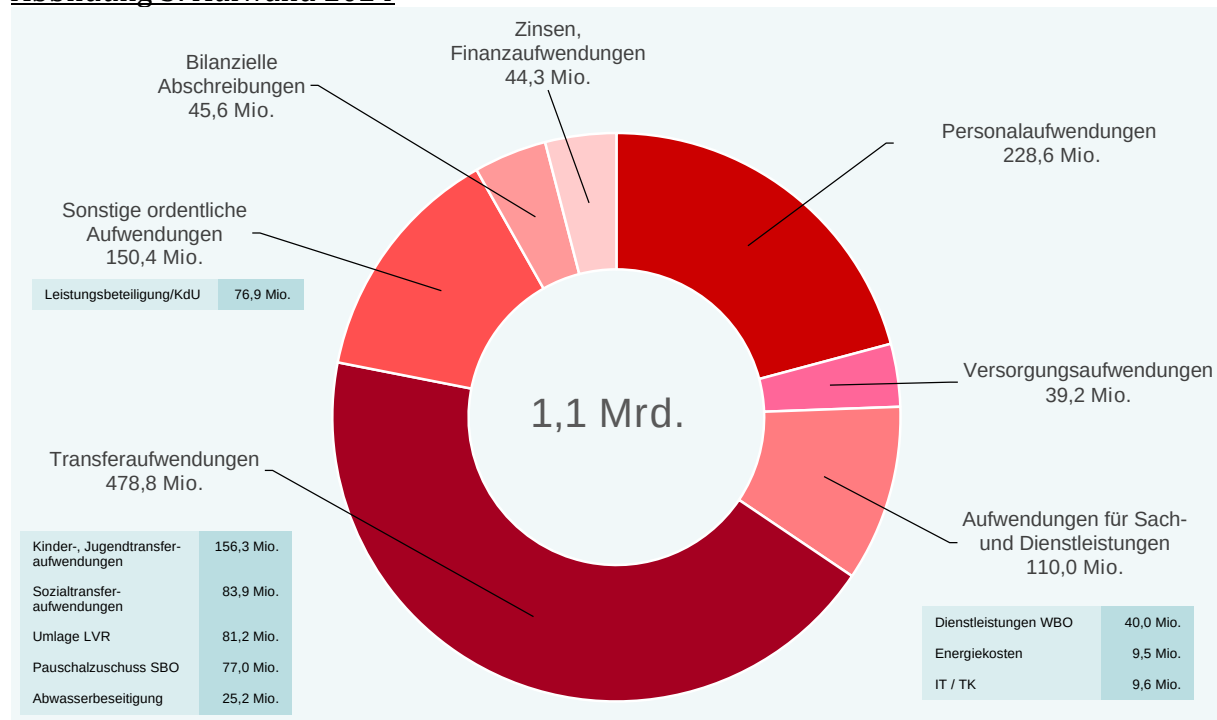
Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Erträge im Haushaltsplanentwurf 2024 in Mio. €

Besonders eindrucksvoll sind die geplanten 140 Mio. € Gewerbesteuererträge, die aufgrund der entsprechenden Entwicklung in 2023 nachvollziehbar sind. Aufgrund nachholender Effekte aus den Vorjahren (wie schon in 2022) und der Inflationsentwicklung werden für 2023 Gewerbesteuererträge in Höhe von 150 Mio. € prognostiziert. Die von der Landesregierung ausgewiesenen Schlüsselzuweisungen für Oberhausen fallen niedriger aus als in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen. Da wirken sich zum einen die hohen Gewerbesteuern aus, die die Oberhausener Steuerkraft verbessern aber

auch weiterhin die Berechnungsgrundlagen im GFG, die zu einer Verschiebung der Mittel in den kreisangehörigen Raum führen.

Diese positive Ertragsentwicklung kann aber nicht mit der extremen Entwicklung des Aufwands im Haushalt mithalten. Den eben dargestellten 1,7% Ertragssteigerung steht ein Anstieg des Aufwands von 9,2% entgegen, der damit einen Umfang von 1,1 Mrd. € erreicht hat. (Alle Prozentzahlen haben als Vergleichsbasis den Jahresabschluss 2022.) Besonders dramatisch dabei sind die Entwicklungen im Sozialbereich, bei den Personalkosten und bei den Zinsen.

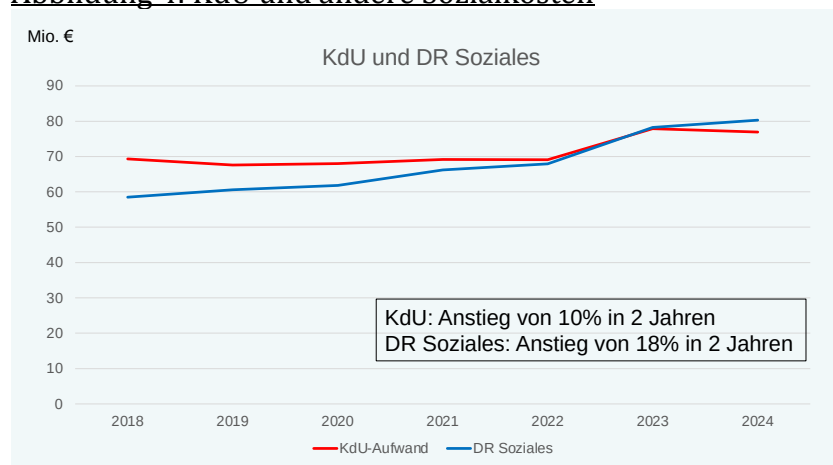
Abbildung 3: Aufwand 2024



Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Aufwand im Haushaltsplanentwurf 2024 in Mio. €

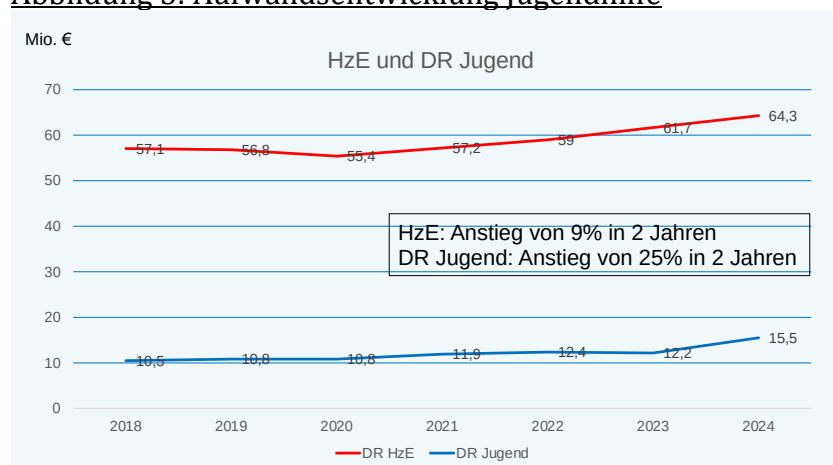
Der Produktbereich 05 „Soziale Leistungen“ weist einen Aufwand von 200,2 Mio. € aus, was einen Anstieg von 12,8% ausmacht. Insbesondere die Kosten der Unterkunft (KdU) im SGB II haben mit 10% Anstieg auf jetzt 77 Mio. € weiterhin einen erheblichen Anteil daran. Dabei ist es bemerkenswert, dass trotz massivem Arbeitskräftemangel die Arbeitslosenquote bei 10,2% verbleibt und damit weiterhin fast doppelt so hoch ist, wie in NRW.

Auch der Deckungsring (DR) Soziales, der u.a. die Leistungen der Pflege, der Grundsicherung im Alter und den Aufwand des Asylbewerberleistungsgesetzes umfasst, ist um sogar 18% angestiegen. Sicherlich wird ein erheblicher Teil des Aufwandes erstattet, dennoch belastet der kommunale Anteil den Haushalt massiv. Insbesondere die Erstattung der Flüchtlingskosten durch Bund und Land reichen bei weitem nicht aus, um die Lasten zu tragen. Auch der jetzige Kompromiss zwischen Bund und Ländern lässt die Kosten für geduldete Flüchtlinge unberücksichtigt und die KdU-Kosten werden nur zu knapp 63% erstattet. Damit muss eine erhebliche Belastung durch die Kommunen selbst finanziert werden.

Abbildung 4: KdU und andere Sozialkosten

Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Aufwand für KdU im SGBII und für den DR Soziales, 2018-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 und 2024 Planzahlen.

Ähnlich sieht es im PB 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ aus. Dort ist der Aufwand um 16% gestiegen, was 30 Mio. € ausmacht. Damit hat der PB 06 jetzt einen Umfang von 214,5 Mio. € erreicht. Hier sind die steigenden Kosten für den Kita-Bereich hervorzuheben, die nicht ausreichend durch die Landesregierung finanziert werden. Im Haushaltsentwurf sind die steigenden Kosten der freien Kita-Träger und mögliche weitere Unterstützungsleistungen der Kommunen unberücksichtigt, da wir zum Zeitpunkt der Aufstellung noch die Hoffnung hatten, dass es hier ausreichende Unterstützungsleistungen des Landes geben würde. Aktuell schaut es so aus, dass diese in nur sehr unzureichendem Maße erfolgen werden und viele Kita-Träger in ihrer Existenz bedroht bleiben. Ob dies Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben wird, muss in den Haushaltsberatungen erörtert werden. Auch die Hilfen zur Erziehung (HzE) weisen erheblich Kostensteigerungen aus. Mit 64,3 Mio. € und einem Anstieg um 9% haben diese Leistungen einen erheblichen Anteil am städtischen Aufwand für Sozialleistungen. Auch der DR Jugend entwickelt sich aktuell mit 25% Steigung weit über dem üblichen Rahmen. Hier wird der Haushalt insbesondere durch das Unterhaltsvorschussgesetz belastet.

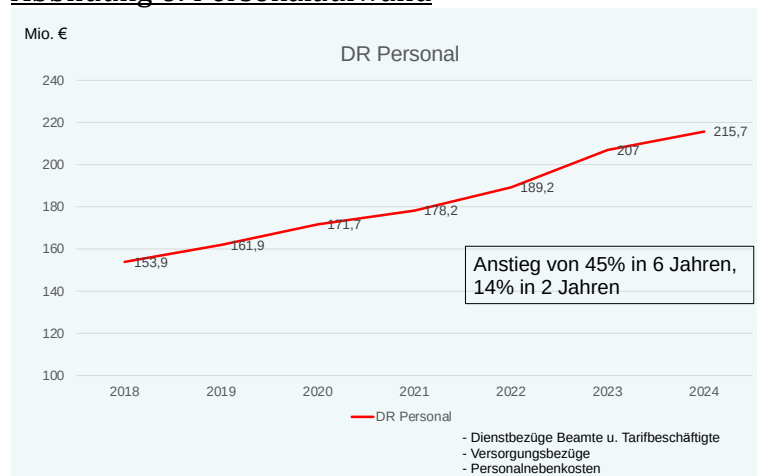
Abbildung 5: Aufwandsentwicklung Jugendhilfe

Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Aufwand in Mio. € für Hilfe zur Erziehung im SGBVIII und für den DR Jugend, 2018-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 und 2024 Planzahlen.

Zu den Soziallasten ist auch die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) zu rechnen, da diese fast umfänglich für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung verwandt wird. Hier hat es einen Anstieg um 16% gegeben auf jetzt 81,2 Mio. €.

Insgesamt umfassen die Produktbereiche 05, 06 und die LVR-Umlage fast 50% des gesamten Haushaltsvolumens.

Abbildung 6: Personalaufwand

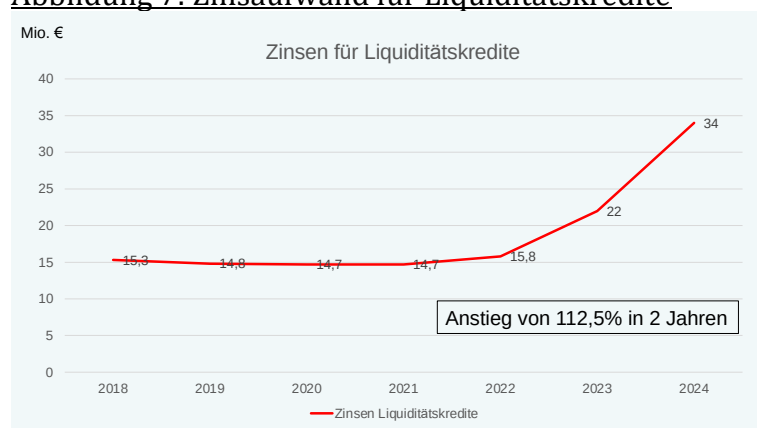


Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Aufwandsentwicklung im DR Personal in Mio. €, 2018-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 und 2024 Planzahlen.

Die gesamten Personalaufwendungen sind um 16% gestiegen, was hauptsächlich den Tarifabschlüssen geschuldet ist. Damit sind auch die Personalkosten ein erheblicher Treiber bei den Aufwandssteigerungen der letzten Jahre und es ist aufgrund der demografischen Entwicklung und den Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt absehbar, dass dies in der Zukunft so bleibt. Gleichzeitig werden immer wieder neue Aufgaben oder Standards von Bund und Land beschlossen, die zu immer höheren Personalbedarfen führen.

Besonders problematisch für den Oberhausener Haushalt entwickeln sich der Zinsaufwand. Aufgrund des hohen Bestandes an Liquiditätskrediten aus der Vergangenheit ist Oberhausen anfällig für Steigerungen des Zinsniveaus auf den Kreditmärkten.

Abbildung 7: Zinsaufwand für Liquiditätskredite



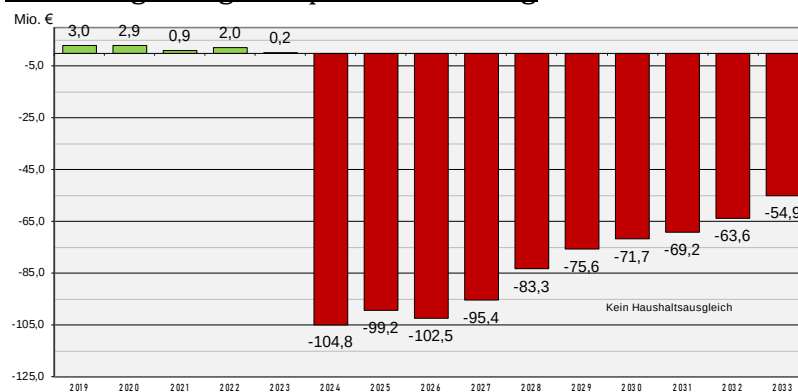
Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Aufwand für KdU im SGBII und im DR Soziales, 2018-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 und 2024 Planzahlen.

Die Bekämpfung der hohen Inflation mit höheren Leitzinsen durch die EZB hat zu steigenden Zinsen und damit auch zu einer Belastung im Oberhausener Haushalt geführt. Wo wir vor zwei Jahren noch Negativzinsen hatten, steht aktuell der Zinssatz für Kommunalkredite bei etwa 4%. Dies führt zu einer Zinsbelastung von 47,5 Mio. €, während

dies in 2022 noch 23,9 Mio. € waren. Das bedeutet eine Verdoppelung der Zinsbelastung, die in der Zukunft noch weiter zunimmt, wenn die Kredite, die mittelfristig gebunden worden sind auslaufen. Ohne Altschuldenlösung oder massive Konsolidierungsmaßnahmen werden wir in 2028 bei knapp 90 Mio. € Zinsbelastung angekommen sein.

Aufgrund der enormen Aufwandssteigerung weist der Haushaltsplanentwurf 2024 ein Haushaltsdefizit in Höhe von 104,8 Mio. € aus. Auch wenn man eine positive Wirtschaftsentwicklung für die Zukunft prognostiziert, kommt es erst in 2028 zu langsam sinkenden Defiziten, die aber ohne aktives Handeln in absehbarer Zeit zu keinem Haushaltsausgleich mehr führen werden.

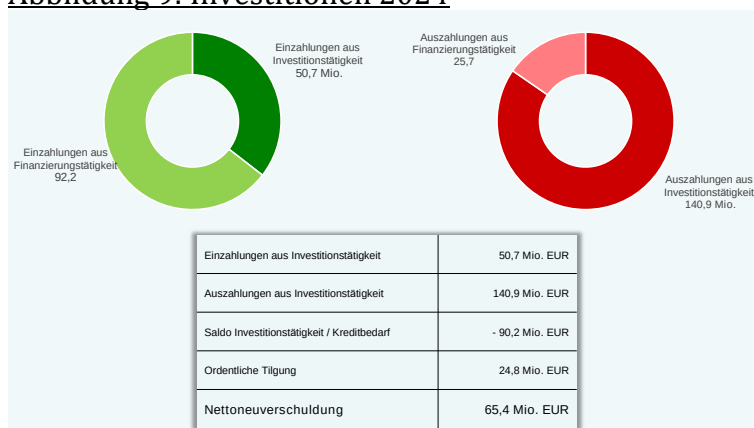
Abbildung 8: Ergebnisplanentwicklung



Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Ergebnisplanentwicklung, 2019-2022 Rechnungsergebnisse, 2023-2027 Planzahlen, 2028-2033 Prognosen.

Trotz der defizitären Haushaltssituation sieht der Haushalt weiterhin hohe Investitionsauszahlungen vor. Geplant sind Investitionen in Höhe von 140,9 Mio. € von denen nur 50,7 Mio. € durch eigene Mittel bzw. Fördermittel finanziert werden. 92,2 Mio. € sind kreditfinanziert. Da nur 24,8 Mio. € an Investitionskrediten getilgt werden, ergibt sich eine Neuverschuldung von Investitionskrediten in Höhe von 65,4 Mio. €. Die hohen Investitionsbedarfe in kommunale Infrastruktur wie Schulen und Kitas, Straßen, Radwege und Kanäle machen Investitionen in dieser Größenordnung mehr als notwendig.

Abbildung 9: Investitionen 2024



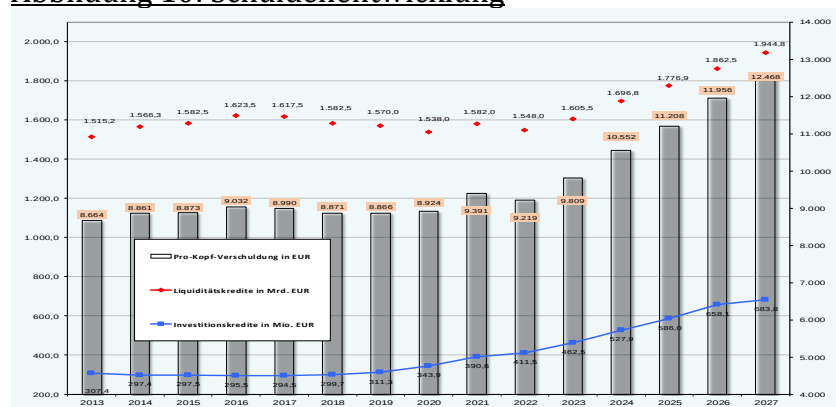
Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Investitionsplanung 2024

Diese Neuverschuldung muss von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, was in der Vergangenheit dadurch gelang, dass mit diesen Krediten refinanzierte Investitionen aus

dem Gebührenbereich (z.B. Kanäle), IT-Investitionen oder Schulinvestitionen finanziert wurden. Dies wurde auch in diesem Haushaltsplanentwurf so geplant.

Die hohen Haushaltsdefizite und die Investitionsbedarfe führen notgedrungen zu einer steigenden Verschuldung. Sowohl die Liquiditätskredite wie auch die Investitionskredite erhöhen den Schuldenstand und führen zu einer weiter steigenden Zinsbelastung. Um diese zu finanzieren, müssen neue Kredite aufgenommen werden.

Abbildung 10: Schuldenentwicklung

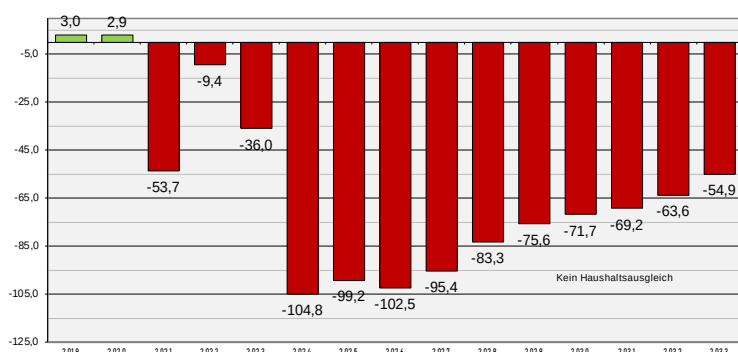


Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Entwicklung der Liquiditäts- und Investitionskredite und der Pro-Kopf-Verschuldung, 2013-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 aktuelle Prognose, 2024-2027 Planzahlen.

In der Zeit vor dem Stärkungspakt sprach man von der Vergeblichkeitsfalle. Diese wurde damals durch ein massives Konsolidierungsprogramm und hohen Landeszuweisungen zur finanziellen Unterstützung der betroffenen Kommunen durchbrochen. Die Warnung des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“, dass dieser Erfolg ohne Alt-schuldenlösung nicht von Dauer sein wird und bei steigenden Zinsen und der nächsten Wirtschaftskrise wieder zunichte gemacht wird, bewahrheitet sich jetzt. Im Prinzip sind wir wieder da angekommen, wo wir vor dem Stärkungspakt schon mal waren.

In den letzten Krisen Jahren wurde diese Entwicklung durch die Covid- und Ukraine-Isolierung verdeckt, die in den Jahren 2021-2023 positive Ergebnisse vorgetäuscht hat. Entfernt man den fiktiven Ertrag, der die finanziellen Auswirkungen der Krisen ausgleichen soll, sieht das Bild anders aus und es werden die realen Defizite deutlich. In Kombination mit steigenden Sozialausgaben, steigenden Personalkosten und massiv steigenden Zinsen bedeutet dies eine dramatische aktuelle Finanzlage und eine düstere zukünftige Entwicklung.

Abbildung 11: Ergebnisplanentwicklung ohne Isolierung



Stadt Oberhausen, Bereich 1-1, Ergebnisplanentwicklung, 2019-2022 Rechnungsergebnisse, 2023 aktuelle Prognose, 2024-2027 Planzahlen, 2028-2033 Prognosen.

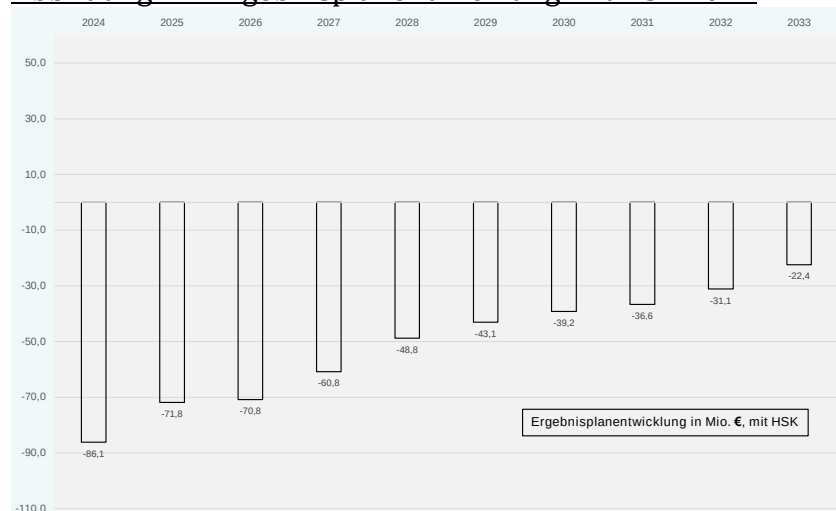
Haushaltssicherungskonzept 2024

Nach aktueller Rechtslage sind Kommunen mit negativem Eigenkapital verpflichtet ein Haushaltssicherungskonzept aufzulegen, damit die wirtschaftliche Basis für die Handlungsfähigkeit der Kommune wieder hergestellt werden kann. Außerdem hat die Kommunalaufsicht in ihrer letzten Haushaltsverfügung eine Konkretisierung der Konsolidierungsmaßnahmen im HSK eingefordert und zur Bedingung für eine Genehmigung gemacht. Der Haushalt erlangt nur Rechtskraft und kann damit zur Grundlage für die Arbeit von Rat und Verwaltung gemacht werden, wenn das HSK durch die Kommunalaufsicht genehmigt wird. Bis zu einer solchen Genehmigung befindet sich die Kommune in der vorläufigen Haushaltsführung. Wird die Genehmigung nicht erteilt, weil die beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichend sind, erhält der Haushalt keine Rechtskraft mehr im laufenden Haushaltsjahr und die Kommune verbleibt in der vorläufigen Haushaltsführung, dem sogenannten Nothaushalt. Was das bedeutet, ist in der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) im §82 geregelt. Dort ist festgehalten, dass nur Aufwendungen entstehen und Auszahlungen geleistet werden dürfen, „zu denen die Kommune rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind“. Darüber hinaus darf die Kommune Investitionen fortsetzen, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Finanzpositionen oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren, Realsteuern nach den Sätzen des Vorjahres erheben und Kredite umschulden.

Wie man sieht, beinhaltet die vorläufige Haushaltsführung jede Menge Einschränkungen, die bei einem nicht genehmigten HSK noch dahingehend verschärft werden, dass der Handlungsrahmen eng von der Kommunalaufsicht begleitet und noch weiter eingeschränkt werden kann.

Der Verwaltungsvorstand hat in seiner Sitzung am 7.11. die letzten Maßnahmen des HSK 2024 nachjustiert und das HSK für die Haushaltsberatungen verabschiedet. Das HSK umfasst etwa 30 Einzelmaßnahmen und es startet mit einem Volumen von 20,5 Mio. € im Jahr 2024 und steigt in der mittelfristigen Finanzplanung auf 35,7 Mio. € im Jahr 2027. Dieses Volumen zieht sich in etwa bis ins Jahr 2033 durch. Die Einzelnen Maßnahmen finden sie in der Vorlage zum HSK für die Haushaltsberatungen. Das HSK muss jedes Jahr fortgeschrieben und so aktualisiert werden, dass das Ziel des Haushaltsausgleichs erreicht werden kann.

Abbildung 12: Ergebnisplanentwicklung mit HSK 2024



Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Ergebnisplanentwicklung, Szenario bei Umsetzung des HSK, 2024-2033 Prognosen.

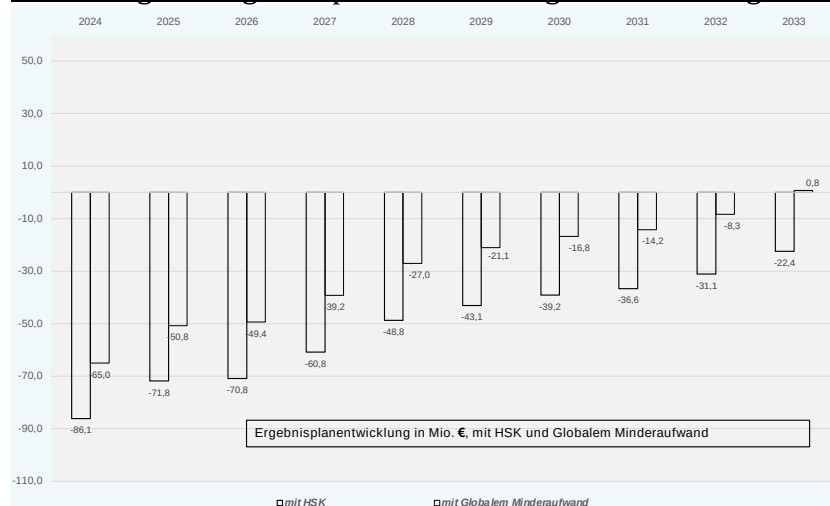
Wann ist ein HSK genehmigungsfähig? Nach §76 der GO ist ein HSK genehmigungsfähig, wenn ein Haushaltsausgleich durch das HSK in den nächsten 10 Jahren erreicht wird. Bei Kommunen mit negativem Eigenkapital wie Oberhausen, gilt laut Erlass der Landesregierung aktuell sogar die Regel, dass der Haushalt im Durchschnitt in der mittelfristigen Finanzplanung ausgeglichen sein muss, also in 4 Jahren. Beide Voraussetzungen können durch das vorliegende HSK nicht erreicht werden, so dass nach der aktuellen Rechtslage eine Genehmigung ausgeschlossen sein dürfte.

Neuregelungen in der GO NRW

Die Landesregierung hat am 07.11. einen Gesetzentwurf im Kabinett zur Änderung der Gemeindeordnung NRW vorgelegt, der zum 31.12.2023 Rechtskraft erlangen soll. In diesem sind sowohl Änderungen bei der Aufstellung des Haushaltsplans wie auch zur Genehmigung des HSK vorgesehen. Unter anderem sollen auch für Kommunen mit negativem Eigenkapital der Einsatz eines globalen Minderaufwandes von 2% wie auch die Genehmigungsfähigkeit in einer 10-Jahresfrist möglich werden. Darüber hinaus soll es verschärfte Regelungen für Liquiditätskredite geben, was unsere Handlungsmöglichkeiten weiter einschränkt. Darüber hinaus sind veränderte Abgrenzungskriterien bei Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen vorgesehen.

Unter einem globalen Minderaufwand versteht man eine pauschale prozentuale Reduzierung des gesamten ordentlichen Aufwandes im Haushalt. Allein die Anwendung des globalen Minderaufwandes würde formal zu einer Verbesserung des Ergebnisses in der Haushaltsplanung von ca. 20 Mio. € führen. Diesen Minderaufwand gilt es dann aber im laufenden Haushaltsjahr durch die Haushaltsbewirtschaftung auch zu erreichen, was zu einer restriktiven Haushaltsbewirtschaftung führt, um im Jahresabschluss auch den globalen Minderaufwand nachzuweisen.

Abbildung 13: Ergebnisplanentwicklung mit HSK und globalem Minderaufwand



Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Ergebnisplanentwicklung, Szenario bei Umsetzung des HSK und Anwendung des globalen Minderaufwandes von 2%, 2024-2033 Prognosen.

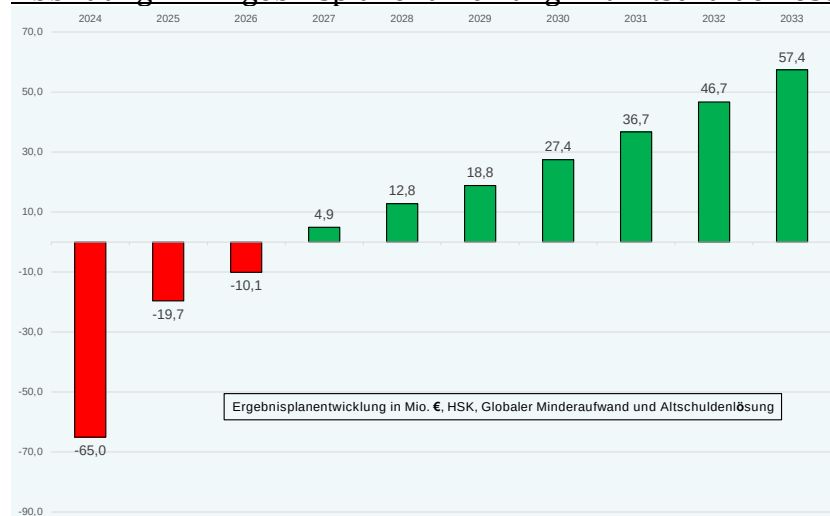
Mit dem aktuell entwickelten HSK und einem globalen Minderaufwand von 2% könnte immerhin nach 10 Jahren der Haushaltsausgleich erreicht werden. Hervorzuheben ist,

dass alle bisher beschriebenen Maßnahmen keine zusätzlichen Finanzmittel für Kommunen sind, sondern den Haushaltsausgleich allein durch restriktive Maßnahmen sicherstellen sollen. Damit könnte die Genehmigungsfähigkeit erreicht werden aber nur durch weitere Leistungseinschränkungen gesichert bleiben. Es ist fraglich, ob neben dem Haushaltssicherungskonzept auch noch ein 2%iger Minderaufwand über eine so lange Dauer erwirtschaftet werden kann. Jede wirtschaftliche Veränderung oder weitere Zinssteigerungen gefährden die Haushaltssicherung und würden weitere Konsolidierungsmaßnahmen erfordern, um die Genehmigungsfähigkeit zu erhalten.

Altschuldenregelung

Nur mit einer Altschuldenlösung kann der Haushaltsausgleich nachhaltig gesichert und können neue Handlungsspielräume eröffnet werden. Nur so werden Kommunen im Strukturwandel in die Lage versetzt, ihre kommunalen Zukunftsaufgaben zu bewerkstelligen. In Abbildung 14 ist ab 2025 die verschobene Altschuldenlösung des Landes aufgenommen worden, die eine Höchstbelastung von 1.500,- € pro Einwohner an Liquiditätskrediten vorsieht. Die Zinsen für die Liquiditätskredite wurden an den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst und auf 4% festgelegt, was zu einer nachhaltigen Zinsentlastung bei den Liquiditätskrediten im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf führen würde. Damit wäre ab 2027 und bei einiger Anstrengung auch in 2026 der Haushaltsausgleich möglich und damit das HSK genehmigungsfähig.

Abbildung 14: Ergebnisplanentwicklung mit Altschuldenlösung



Stadt Oberhausen, Dezernat 1, Ergebnisplanentwicklung, Szenario bei Umsetzung des HSK und Anwendung des globalen Minderaufwandes von 2% und der Altschuldenlösung des Landes NRW, 2024-2033 Prognosen.

Im weiteren Verfahren der Haushaltsberatungen werden wir mögliche neue Regelungen in der GO NRW über Veränderungsnachweise in den Haushaltsplan einarbeiten, so dass neue rechtliche Rahmenbedingungen bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden können. Darüber hinaus werden wir im Haushaltsplan ab 2025 in der mittelfristigen Finanzplanung die Altschuldenlösung vorsehen, da wir die Versprechen der Landesregierung wie in der Vergangenheit sehr ernst nehmen.

Fazit

Der Haushaltsplanentwurf macht eines deutlich. Bei allen eigenen Konsolidierungsanstrengungen wird die Zukunft nicht zu meistern sein, wenn es keine weiteren finanziellen Entlastungen bei Soziallasten, keine Investitionsförderung für die Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung und keine Altschuldenlösung mit Beteiligung des Landes und möglichst auch des Bundes gibt. Für Oberhausen ist die Altschuldenlösung existenziell. Ohne diese verbleibt Oberhausen auf ewig im Krisenmodus und alle Anstrengungen werden bei der nächsten Krise zunichte gemacht. Es helfen den Kommunen keine neuen rechtlichen Regelungen in der Gemeindeordnung, so hilfreich sie auch für die Haushaltsplanung und -bewirtschaftung sein mögen, sondern nur reale finanzielle Entlastungen, die die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit sichern. Nur mit einer Altschuldenlösung gibt es Hoffnung auf eine gute Zukunft für unsere Stadt.